



MICHAEL HEINE/
HANSJÖRG HERR
INFLATION
LEHREN FÜR HEUTE
AUS KRISEN VON GESTERN

Metropolis Verlag,
Marburg 2023

ISBN 978-3-7316-1549-1
210 Seiten, 19,80 €

BESPROCHEN VON

Kai Eicker-Wolf, Dr., ist Referent für finanzpolitische Fragen bei der GEW Hessen und Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB Bezirk Hessen-Thüringen.

Seit Kriegsausbruch in der Ukraine bestimmt die ungewöhnlich hohe Inflationsrate die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland. Diskutiert wurde und wird über das Für und Wider von Maßnahmen, die die Folgen der starken Preisanstiege für Unternehmen und private Haushalte abmildern sollen – aktuell zum Beispiel über die Einführung eines Industriestrompreises, um energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb durch einen zu hohen Strompreis nicht zu schwächen. Auch die Tarifaussensetzungen des vergangenen und des laufenden Jahres sind wesentlich vom Inflationsgeschehen geprägt.

Oft wird in Debatten um die aktuell hohen Preissteigerungsraten und ihre Auswirkungen Bezug genommen auf die Inflationsentwicklung in den westlichen Industrieländern in den 1970er Jahren und zu Beginn der 1980er Jahre. Häufig spielt auch die Hyperinflation im Deutschen Reich im Jahr 1923 eine Rolle. Eine Analyse des gegenwärtigen Inflationsgeschehens, die einen ausführlichen Vergleich mit den beiden genannten Zeitabschnitten vornimmt, haben die beiden Berliner Ökonomen Michael Heine und Hansjörg Herr in ihrem Buch *Inflation. Lehren für heute aus Krisen von gestern* vorgelegt. Grundlage ihres Buchs ist eine überarbeitete Studie, die die beiden für das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung erarbeitet haben.

Anders als dies bei einem solchen Buch zu erwarten gewesen wäre, verzichten Heine und Herr zu Beginn ihrer Ausführungen zunächst auf ein Theoriekapitel zum Thema Inflation. Ein solches wird allerdings am Ende der Publikation nachgeholt. Der gewählte Aufbau tut dem Buch gut – den Auftakt macht nach der Einleitung das 2. Kapitel zur deutschen Hyperinflation im Jahr 1923, das den typischen Verlauf einer Inflation und den Übergang zu einer Hyperinflation mit ihren katastrophalen gesamtwirtschaftlichen Folgen und dem vollkommenen Zusammenbruch eines nationalen Geldsystems an diesem historischen Beispiel anschaulich herausarbeitet. Mit Bezug auf die britische Ökonomin Joan Robinson stellen die beiden Autoren heraus, dass dem Zusammenspiel von Abwertung und Lohn-Preis-Spiralen dabei eine entscheidende Rolle zukommt: „Abwertungen spielen in allen Hyperinflationen eine zentrale Rolle, da sie die inländische Inflation je nach Importquote entscheidend antreiben und Lohn-Preis-Spiralen befördern. An einem gewissen Punkt während des Inflationsprozesses bricht das Vertrauen in die nationale Währung vollständig zusammen. Jede Erhöhung des inländischen Geldvermögens etwa durch Budgetdefizite, die von der Zentralbank finanziert werden, führt unverzüglich auf dem Devisenmarkt zu einem Umtausch in Hartwährungen.“ (S. 31) Genau nach diesem Muster entstand die Hyperinflation im Deutschen Reich ab dem Jahr 1922: Eine „explosionsartige Abwertung der Mark“ verteuerte die Importe und hatte massive Preissteigerungen zur Folge. Es kam zu einer zunehmenden Abwertungs-Lohn-Preis-Spirale, die weiter gespeist wur-

de durch eine Flucht in stabile Auslandswährungen und Sachwerte (S. 35).

An die Ausführungen zur Hyperinflation des Jahres 1923 schließt sich zunächst ein Überblick zur makroökonomischen Entwicklung der Weltwirtschaft vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre an (Kapitel 3). Im Fokus stehen hier bereits die vier Länder Deutschland, Italien, Großbritannien und USA, deren spezifische makroökonomische Entwicklungen in dem gleichen Zeitraum anschließend in den Kapiteln 4 bis 6 ausführlich dargestellt und vergleichend analysiert werden.

Heine und Herr arbeiten dabei heraus, dass die hohen Inflationsraten in den 1970er und Anfang der 1980er Jahre nicht isoliert auf die beiden Ölpreisschocks in den Jahren 1973 und 1979 zurückgeführt werden können, auch wenn diese die Spitzen der Inflationsentwicklung erklären können. Beachtet werden müsse beispielsweise auch der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems mit seinen festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, dem grundsätzlich flexible Wechselkurse zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern des Westens folgten.

Eine entscheidende Rolle für das Inflationsgeschehen spielten in allen vier untersuchten Ländern Konstellationen, die eskalierende Lohn-Preis-Spiralen wahrscheinlich machten – in Italien etwa begann die inflationäre Entwicklung aufgrund kräftiger Nominalloohnerhöhungen bereits Ende der 1960er Jahre. Hier und auch in Großbritannien fielen die Inflationsraten mit Werten von zwischenzeitlich über 20 % oder sogar über 30 % in den 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre besonders hoch aus. Beide Länder liefen Gefahr, aufgrund von Abwertungs-Lohn-Preis-Spiralen in Hyperinflationen zu geraten. Zwar wiesen die Geldsysteme der USA und Deutschlands keine so dramatischen Erosionstendenzen wie jene Großbritanniens und Italiens auf, aber auch hier erhöhten letztlich die Zentralbanken aufgrund von hohen und steigenden Inflationsraten den Leitzins, um über ein gedämpftes wirtschaftliches Aktivitätsniveau, einen dadurch verursachten Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit einhergehend niedrigere Lohnabschlüsse die Inflationsdynamik zu brechen. Dabei übertrieb die Bundesbank nach Einschätzung von Heine und Herr ihre restriktive Geldpolitik Ende der 1970er Jahre allerdings, da zu diesem Zeitpunkt kaum die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale bestand. Eine beschäftigungsfreundlichere Geldpolitik hätte Westdeutschland und darüber hinaus Europa insgesamt eine bessere Beschäftigungsentwicklung ermöglicht.

Im 7. Kapitel gehen die beiden Autoren dann auf das gegenwärtige Inflationsgeschehen ein. Nach ihrer Einschätzung lassen sich mit Blick auf die Entwicklung seit dem Jahr 2021 durchaus Parallelen zur Zeit des ersten Ölpreisschocks im Jahr 1973 ziehen. So ist die aktuelle Inflationsentwicklung vor allem auf die gestiegenen Energiepreise infolge des Ukrainekrieges zurückzuführen. Allerdings war bereits vor dem Ukrainekrieg in der zweiten

Jahreshälfte 2021 ein Preisniveauschub zu verzeichnen, der mit den gestörten Lieferketten aufgrund der Corona-Krise im Zusammenhang steht. Anders als in den 1970er Jahren spielen aktuell auch gestiegene Nahrungsmittelpreise infolge des Ukrainekrieges eine wichtige Rolle für die gesamtwirtschaftlichen Preissteigerungen. Und auch der Wechselkurs des Euro darf bei der Erklärung der gestiegenen Inflationsrate in Deutschland und im Euroraum nicht vernachlässigt werden: Aufgrund von Abwertungen verlor der Euro ab Ende des Jahres 2021 deutlich an Wert gegenüber dem US-Dollar.

Trotz gewisser Ähnlichkeiten zu den 1970er Jahren sehen Heine und Herr allerdings keine nennenswerte Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale für Deutschland oder im Euroraum, „denn im Vergleich zu den 1970er Jahren wirkten die Preisniveauschocks 2021 und 2022 nicht auf die Situation schon laufender Lohn-Preis-Spiralen ein.“ (S. 135) Auch die häufig als zu zögerlich charakterisierte Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ab Beginn der Inflationsentwicklung Mitte des Jahres 2021 halten die beiden Autoren für angemessen, da exogene Preisschocks nicht mit einer harten Geldpolitik zu bekämpfen seien.

Im 8. Kapitel ziehen die beiden Autoren allgemeine Schlussfolgerungen und geben Empfehlungen für die aktuelle Krisenpolitik. Der Lohnpolitik komme die schwierige Aufgabe zu, ein Aufschaukeln von Löhnen und Preisen zu verhindern. Nach ihrer Auffassung führt deshalb kein Weg daran vorbei, die Nominallohnentwicklung auch im Falle eines Preisschocks an der mittelfristigen Produktivitätsentwicklung zuzüglich der Zielinflationsrate der jeweiligen Zentralbank auszurichten – eine alles andere als leicht zu realisierende Maßnahme, die durch sozialpolitische Maßnahmen flankiert werden müsse. Die Zentralbank sei aufgerufen, eine exogen verursachte Schockwelle wie im Falle des Energiepreisanstiegs infolge des Ukrainekrieges zu tolerieren. Solange die Lohnpolitik keine Lohn-Preis-Spirale auslöse, solle die Zentralbank auf eine restriktive Zinspolitik verzichten. Die Fiskalpolitik schließlich müsse die konjunkturelle Nachfrageschwäche aufgrund einer real sinkenden Konsumnachfrage und einer rückläufigen Investitionsnachfrage durch eine expansive Ausgabenpolitik auffangen.

Im 9. und letzten Kapitel liefern Heine und Herr im Rahmen eines theoretischen Kapitels die aus ihrer Sicht einschlägigen Erklärungen für Preisniveauveränderungen und inflationäre Prozesse. Sie weisen quantitätstheoretische Überlegungen zurück, nach denen die Preisniveaubewegungen einfach von der Entwicklung der Geldmenge ableitbar wären. In der Tradition von John Maynard Keynes und Michał Kalecki begründen sie ausführlich, warum inflationäre Prozesse, die mit sehr hohen Inflationsraten einhergehen und in Hyperinflationen zu münden drohen, im Kern immer durch kumulative Bewegungen von Löhnen und Preisen angetrieben werden – und sie zeigen, dass hierbei eben auch Abwertungen eine zentrale Rolle spielen.

Mit ihrem neuen Buch schließen Michael Heine und Hansjörg Herr zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren eine wichtige Forschungslücke. Hatten sie im vergangenen Jahr eine fundierte, ausführliche und detaillierte Darstellung der Europäischen Zentralbank und ihrer Geldpolitik veröffentlicht, so legen sie mit ihrem jüngsten Buch angesichts der aktuellen Debatten um das Inflationsgeschehen infolge des Ukrainekrieges ein dringend erforderliches Buch zur Einordnung der gegenwärtigen Krise vor. Es ist durch viele Daten und historische Zeitreihen empirisch gut belegt, die Argumentation ist nicht zuletzt dadurch schlüssig und nachvollziehbar.

An der ernüchternden Erkenntnis, dass Lohn-Preis-Spiralen zu vermeiden sind, auch wenn diese etwa durch drastische Erhöhungen von Rohstoffpreisen ausgelöst werden, kommt man nach Lektüre des Buchs der beiden Berliner Ökonomen allerdings nicht vorbei. Damit aber wird ein grundsätzliches Dilemma in kapitalistischen, geldvermittelten Ökonomien deutlich, dem sich progressive Parteien und auch Gewerkschaften stellen müssen: Die Verteilungswirkung der Lohnpolitik, so wichtig etwa eine hohe Tarifbindung und angemessene Lohnerhöhungen auch sind, hat an der Preissetzungsmacht der Unternehmen ihre Grenzen. Zwar ist eine relativ egalitäre Verteilung von Einkommen und Vermögen selbst unter kapitalistischen Verhältnissen grundsätzlich erstrebenswert und auch durchsetzbar, aber wichtiger als die Lohn- ist in diesem Zusammenhang die Steuerpolitik und die Bereitstellung staatlicher Leistungen. Eine Erkenntnis, die mit den bahnbrechenden Arbeiten von Thomas Piketty zum zentralen Stellenwert der Steuerpolitik für Verteilungsfragen im Einklang steht und durch diese auch begründet wird. ■



ROLF G. HEINZE/
JÜRGEN SCHUPP
GRUNDEINKOMMEN –
VON DER VISION
ZUR SCHLEICHENDEN
SOZIALSTAATLICHEN
TRANSFORMATION

Springer VS,
Wiesbaden 2022

ISBN 978-3-658-35550-0
306 Seiten, 34,99 €

BESPROCHEN VON

Claus Schäfer, Dr., For-
schungsreferent im WSI
von 1972–2013 zu Fragen
der Finanz- und Verteilungs-
politik, von 2009–2013 auch
Leiter der Abteilung WSI der
Hans-Böckler-Stiftung.

Neu es zum „Bedingungslosen Grundeinkommen“ (BGE)? Die Autoren beklagen in den BGE-Debatten der Vergangenheit eine unfruchtbare Polarität zwischen einerseits entschiedenen Befürworter*innen und andererseits heftigen Gegner*innen dieses Konzepts. Vor allem werfen sie den am Diskurs beteiligten Akteuren im deutschsprachigen Raum vor, in „Denkblockaden“ zu verharren und sich insbesondere kaum um konkrete Schritte bzw. Vorschläge zur Umsetzung eines BGE bemüht zu haben – was sie mit ihrem Buch ändern wollen. Sie lassen keinen Zweifel daran, dass sie das BGE als eine voraussetzungslose, gleiche, monatliche, steuerfreie und lebenslange Zahlung des Staates an alle seine Bürger*innen für eine „überlegene“ effiziente Maßnahme zur Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums halten, und darüber hinaus auch zur Erzeugung weiterer individueller und gesellschaftlicher „emanzipatorischer“ Vorteile. Aber sie geben sich zugleich überzeugt, dass der Sozialstaat neben dem BGE ebenfalls eine ausreichende öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge als Ausdruck einer „*universalistischen Sozialstaatlichkeit*“ (S. IX) garantieren muss.

Die Überlegenheit des BGE gegenüber herkömmlichen Transferleistungen, vor allem der Grundsicherung (d. h. dem Hartz IV-Komplex), machen die Autoren u. a. an diversen Problemen des traditionellen Sozialstaats fest – von der Bundesebene bis hin zu zivilgesellschaftlichen Organisationen: an der Antragspflicht von Bedürftigen, Antrags-
hürden bzw. Dunkelziffern der Nicht-Inanspruchnahme, an fehleranfälligen Bedürftigkeitsprüfungen, teurer Bürokratie, defizitärer Infrastruktur, vielfältigen Personaldefiziten usw. Die einzelnen Sozialstaats-Probleme werden von den Autoren durchaus zutreffend benannt.

Aber die Problem-Bilanz fällt sehr heftig aus: Zu konstatieren seien „*Erschöpfungszustände* des klassischen Sozialstaats, der gerade in der jüngeren Generation unter Legitimationsverlusten leidet“ (S. VI); es gebe eine „mangelnde Zukunftsfähigkeit der traditionellen Sicherungssysteme“ (S. VIII); es herrsche eine „seit vielen Jahren zu beobachtende Erosion des traditionellen kollektiven Schutzes der Beschäftigten. Dies betrifft nach Schätzungen fast die Hälfte der derzeitigen Arbeitsplätze und erfordert neue (...) Absicherungen.“ (S. VII) Die Ursache dafür seien die bestehenden sozialstaatlichen Strukturen wie die sie bestimmende Politik, die von Beharrungskräften dominiert werde mit fatalen Folgen: „Durch die kurzfristigen politischen Vorteile einer *Verdrängung der Realität* verschärfen sich (...) mittelfristig eher die Handlungszwänge“; „es fehlt (der Politik) die Zeit, Risiken einer Transformation [in Richtung eines BGE, C. S.] mittels *checks* und *balances* und ohne Notverordnungen demokratisch legitimiert und auch verfassungskonform in der Umsetzung durchzuführen“ (S. VIII).

Trotz dieser fundamentalen Kritik an Politik und Sozialstaat können die Autoren aber auch – hoffnungsvolle – Elemente einer seit Jahren „schleichenden Transforma-

tion“ (S. IX) in Richtung BGE oder ein „Einsickern“ von „Elementen eines Grundeinkommens (...) in die Sozialstaatsrealität“ (S. VI) erkennen. Als Beleg dafür werden genannt: allgemein vermehrte staatliche und tendenziell „bedingungsarme“ Einkommenszahlungen außerhalb der Sozialversicherung, konkret allerdings lediglich zwei Beispiele, und zwar die erweiterten Zugänge zur traditionellen Grundsicherung in der Corona-Zeit und das Vorhaben der Ampel in Berlin für eine Kindergrundsicherung (KGS). Dieser „stille Wandel“ in der Politik könne beschleunigt werden, etwa zugunsten von noch mehr „bedingungsarmen“ Sozialleistungen oder auch von „bedingungslosen für einzelne Bevölkerungsgruppen“ (S. IX). Für die Autoren ist dieser transformative Aspekt so zentral, dass er den zweiten Teil des Buchtitels bestimmt: „Von der Vision (eines BGE) zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation“.

Diese Ausführungen provozieren einige skeptische Fragen und Anmerkungen: Ist die oben zitierte Zuspitzung der Kritik am Sozialstaat tatsächlich ernst gemeint oder nur ein dramatisierendes Sprachmittel zur Rechtfertigung des „überlegenen“ BGE? Sind der Vorwurf der Autoren an die (Sozial-)Politik wegen deren Festhalten am Status Quo einerseits und ihre Behauptung einer „schleichenden Transformation“ andererseits nicht widersprüchlich? Die Autoren verstärken diesen Widerspruch noch, wenn sie ihre Hoffnung an dieselbe Politik auf noch mehr BGE-Tendenz im letzten Buchteil durch diverse Vorschläge an den Staat unterstreichen, z. B. zur Einsetzung einer BGE-Enquete-Kommission und weiterer staatlicher BGE-Diskursmechanismen, um vermeintliche Denkblockaden zu lösen und die von ihnen geforderten Strategien zu entwickeln.

Und schließlich: Kann man die Begriffe der „schleichenden Transformation“ und in diesem Zusammenhang der Transformationselemente „bedingungsarme Sozialleistungen“ oder „bedingungslose für einzelne Bevölkerungsgruppen“ wirklich als Analyse- und Konzeptinstrumente ernst nehmen? Staatliche Transferleistungen außerhalb der Sozialversicherung sind dem Sozialstaat traditionell nicht fremd. Es gab und gibt seit langem die Sozialhilfe und Hartz IV bzw. das Bürgergeld, es bestand die Arbeitslosenhilfe, es existiert das Kindergeld etc. Und wenn jetzt tatsächlich in dieser Legislaturperiode das Kindergeld und andere kindbezogene Leistungen der Familienförderung in der KGS gebündelt werden, verschwinden zwar hoffentlich die teils aufwändigen und abschreckenden Zugangsbedingungen der einzelnen bisherigen Systeme, aber auch die KGS bleibt an Bedingungen geknüpft: an ein Höchstalter von Kindern und Jugendlichen, an das Elterneinkommen bei der sogenannten Zusatzleistung, an die Ausbildung bei Verzahnung von KGS und Bafög, an den Alleinerziehenden-Status bei der Abstimmung mit dem Unterhaltsrecht usw.

Es könnten in Zukunft weitere neue Einkommensleistungen des Staates an seine Bürger*innen dazukommen,

die in Teilen der Ampel schon angedacht sind: etwa das „Pflegegeld“ analog zum Elterngeld (im Buch nicht genannt) oder das „Bildungsgeld“ als Lohnersatz für eine im Arbeitslebensverlauf nachholende oder erneute Qualifikation (im Buch ebenfalls nicht erwähnt). Beide wären wie die KGS an Bedingungen gebundene Geldtransfers, die zusammen mit schon bestehenden Transfers (und neben neuen infrastrukturellen Leistungen) zu einer weiteren zentralen Säule des Sozialstaats neben der Sozialversicherung wachsen würden – wie sie in der wissenschaftlichen Konzeption einer „weiter gedachten Grundsicherung“¹ entwickelt worden ist. Aber selbst wenn diese Leistungen, wie dort gefordert, möglichst niederschwellig zugänglich sein werden, um bisherige Sozialstaats-Probleme zu vermeiden, so sind sie weder besonders „bedingungsarm“ noch stellen sie gar eine „schleichende“ Annäherung an ein BGE (im Sinne von Heinze/Schupp) dar. Denn sie betreffen immer genau definierte Gruppen und Lebensabschnitte von „Bedürftigen“.

Für ihren ebenfalls vorgedachten Transformations-schritt eines „BGE für ausgewählte Bevölkerungsgruppen“ bleiben Heinze und Schupp übrigens ein konkretes Beispiel generell schuldig. Sie entgehen damit vielen diesbezüglich neugierigen Fragen. Vor allem: Ist ein BGE für eine einzelne Gruppe bedingungslos, solange dessen Zahlung zumindest die Gruppenzugehörigkeit voraussetzt?

Doch gibt es letztlich nicht auch a-priori-Gründe für ein generelles Scheitern des BGE? Dessen Implementation für einzelne Gruppen oder gar für die gesamte Bevölkerung könnte zumindest innerhalb der EU mit ihrem Freizügigkeitsprinzip eine Sogwirkung über die nationalen Grenzen verursachen, die das „überlegene“ Instrument BGE weder beherrschbar noch finanzierbar macht; und eine Verwirklichung auf EU-Ebene würde die Sogwirkung nur nach weiter außen verlagern. Dieses offenkundige politische Problem aber wird von den Buchautoren eher beiläufig als eine von insgesamt 50 (auf sieben Seiten aufgezählten) „offenen Fragen“ erwähnt. Und selbst davon abgesehen bleibt die Finanzierung eines BGE für alle in jedem Fall eine reale Unmöglichkeit, erst recht wenn man wie Heinze und Schupp einen „universalistischen Sozialstaat“ (s. o.) mit Daseinsvorsorge plus (armutsfestes) BGE vertritt. Die Buchautoren legen sich allerdings überhaupt nicht auf ein eindeutiges BGE-Modell fest, dessen Finanzierungs- und Umsetzungsbedingungen man tatsächlich im Detail diskutieren könnte. Sie behandeln vielmehr die auch in der einschlägigen Literatur zentrale Finanzierungs-Frage eher kursorisch und dabei einzelne Aspekte teils relativierend, teils negierend. So suggerieren Heinze und Schupp, dass die sehr hohen Brutto-Finanzierungskosten, die z. B. auf Basis von häufig diskutierten 1000 € oder 1200 € monatlich das aktuelle Sozialbudget des Gesamtstaats übersteigen würden, zu bewältigen wären: denn die Nettokosten könnten weit niedriger ausfallen aufgrund einerseits eingesparter Staatsausgaben bei Kindergeld, Bürgergeld usw. sowie andererseits zusätzlicher

Staatseinnahmen wegen positiv stimulierter Konsumausgaben der BGE-Empfänger*innen. Völlig vernachlässigt werden dagegen wahrscheinliche negative Effekte wie die tendenzielle Anrechnung des BGE auf die Löhne durch die Arbeitgeber und die Überwälzung notwendiger Steuer- oder Abgabenerhöhungen zur BGE-Finanzierung auf die Preise durch dieselben Arbeitgeber, also gravierende Umverteilungseffekte zulasten der BGE-Empfänger*innen. Ohne diese Nonchalance im Umgang mit den genannten Fragen aber wäre dem generellen Argumentationsstrang im Buch tendenziell der Boden entzogen.

Das von den Autoren vorgelegte 300-Seiten-Buch wirkt äußerst zwiespältig. Es reflektiert vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen und Herausforderungen in breiter Fülle (bei manchen Wiederholungen) die jüngere Debatte sowohl über bestehende Sozialstaatsprobleme wie über ein BGE als Kern einer anderen Sozialstaatlichkeit bzw. einer postulierten besseren „BGE-Welt“. Aber sobald die Begründungs-Brücke von den Problemlagen zur zentralen Lösungsidee BGE betreten ist, wird die zum waghalsigen Balanceakt: es fehlen Geländer wie die weitgehend verdrängte Finanzierungsfrage; die vielen „offenen Fragen“ klaffen als Löcher in der Brücke; und Stabilisierungsversuche setzen auf Vermutungen und Hoffnungen zu BGE-Vorzügen oder vermitteln mit Wortgewalt (bei der Sozialstaats-Kritik) und Sprachakrobatik („stiller Wandel“, „bedingungsarme Transfers“ u. a.) mehr Wunsch als Wirklichkeit. ■

1 Blank, F./ Schäfer, C./ Spannagel, D. (Hrsg.) (2022): Grundsicherung weiterdenken, Bielefeld, <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5594-0> (letzter Zugriff: 17.05.2023)